

Sitzungsprotokoll

Gremium: Kreisfrauenrat	Sitzung am: 23.11.2023	Sitzung Nr.: 4
Sitzungsort: Lindhooper Str. 67 28870 Verden (Aller)	Sitzungsdauer (von/bis): 16:00 – 17:30	

Anwesenheit:

1. Stimmberechtigte Vertreterinnen

Vorsitzende

Labinsky-Meyer, Karin

Bündnis 90/ Die GRÜNEN-Fraktion im Kreistag

Vertreterinnen

Michallik, Andrea

Flecken Langwedel

Ruers, Petra

Flecken Ottersberg

Podehl, Katja

Gemeinde Oytten

Körte, Nathalie

Samtgemeinde Thedinghausen

Günther-Sogorski, Angela

Stadt Verden (Aller)

Hibbeler, Eva

SPD-Fraktion im KT

Dr. Fischer, Nadine

CDU-Fraktion im KT

Baumgartner, Susanne

DIE LINKE + FR. WÄHLER im KT

Labinsky-Meyer, Karin

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im KT

Stenz, Gabriele

FDP-Fraktion im KT

Hering, Anne-Katrin

Gewerkschaft ver.di

Troue-Hoops, Annegret

Kreisverband der Landfrauen im Kreis Verden e.V.

Kahlke-Kuipers, Ruth

Ev. Kirche

Henß, Brigitta

Kath. Kirche

Huseynova, Rana

Frauenberatung Verden e.V.

Katt, Leona

Frauenhaus Verden

Helberg-Manke, Ulrike

Verein Frauen helfen Frauen e.V.

Sonnenberg, Britta

Zonta Club Verden

Stahl, Gitta

Verein FrauenUnternehmen e.V.

Meyer, Marlies

AG bäuerliche Landwirtschaft e.V. – Heide-Weser

Dr. Blome, Kerstin

AG der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Verden

Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Verden

3. Gäste

Urbatsch, Marion
Dr. Saupe, Angelika

Gerken, Doris
Matos Appolt, Karina
Mendrzik, Kerstin

Ev. Kirche
Gleichstellungsbeauftragte Stadt Achim
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im KT
Gleichstellungsbeauftragte Flecken Langwedel
Gleichstellungsbeauftragte Samtgemeinde Thedinghausen

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

Lfd. Nummer	Bezeichnung
1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2	Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des KFR vom 07.09.2023
3	Bericht des Vorstandes
3.1	Information zum Stand des Antrags auf kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsartikeln
3.2	Ergebnisse der Umfrage unter Ärztinnen und Ärzten im Landkreis im Bereich der Versorgung mit Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch
3.3	Aktueller Stand des Projektes „Beratungs- und Gewaltschutzzentrum Verden“ des Vereins Frauen helfen Frauen e.V.
3.4	Antrag der AfD-Fraktion im Landtag
3.5	Auflösung der eigenständigen Abteilung „Frauen und Gleichstellung“
4	Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Oyten
5	Diskussion über die Zukunft des Kreisfrauenrates
6	Verabschiedung der 1. Vorsitzenden
7	Verschiedenes

Anlagen

- Geändertes Protokoll der Sitzung des KFR vom 07.09.2023
- Stellungnahme des Vorstandes zum Antrag der AfD-Fraktion an den NLT
- Stellungnahme des Vorstandes zum Antrag der AfD-Fraktion an den Ministerpräsidenten
- Pressemitteilung der LAG Gleichstellung zur geplanten Umstrukturierung im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
- Zusammenfassung der Ergebnisse des Perspektivworkshops

Protokoll über die Sitzung des Kreisfrauenrates vom 23. November 2023

TOP Bezeichnung/Ergebnis

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Karin Labinsky-Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Labinsky-Meyer begrüßt die neue Vertreterin der Gemeinde Oyten, Katja Podehl. Diese stellt sich dem Gremium vor.

Die Vorsitzende ergänzt die Tagesordnung um die Punkte 3.4 Antrag der AfD-Fraktion im Landtag sowie 3.5 Auflösung der eigenständigen Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. Die Änderung wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreisfrauenrates vom 07.09.2023

Das Protokoll vom **07.09.23** wird mit einer Änderung (siehe Anlage) mit Enthaltungen einstimmig genehmigt.

3. Bericht des Vorstandes

3.1 Informationen zum Stand des Antrages auf kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsartikeln

Labinsky-Meyer berichtet, dass der Landrat den Antrag des Kreisfrauenrates zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsartikeln abgelehnt hat, daher sei nun der nächste Schritt, dass die Fraktionen im Kreistag einen entsprechenden Antrag stellen.

Eva Hibbeler berichtet von Beratungen innerhalb der SPD-Fraktion sowie davon, dass dem Argument des Landrates, die Maßnahme würde zu viel Personalaufwand bedeuten, damit begegnet werden könne, dass Automaten aufgestellt würden. Diese Praxis gebe es bereits an vielen Schulen und Universitäten. Es könnten zunächst auch probenhalber nur vereinzelt Automaten aufgestellt werden.

Auf Nachfrage berichtet Angela Günther-Sogorski, dass ihres Wissens ein entsprechender Beschluss der Stadt Verden umgesetzt wurde.

Auf Nachfrage ergänzt Dr. Nadine Fischer, dass es in der CDU-Kreistagsfraktion bislang keine Beratungen zum Thema gab.

Gabriele Stenz berichtet, dass das Gymnasium am Wall bereits kostenlose Menstruationsartikel bereitstelle. Sie ist der Meinung, dass die Formulierungen in der Mail des Landrates eine Missachtung des Kreisfrauenrates darstellen und dass der Rat darauf reagieren solle.

Andrea Michallik plädiert dafür, das Anliegen auf der Sachebene weiterzuverfolgen. Das Problem sei, dass der Kreisfrauenrat kein Antragsrecht im Kreistag habe und es in den Fraktionen offensichtlich noch Beratungsbedarf gebe.

Labinsky-Meyer plädiert abschließend dafür, dass die Kreistagsfraktionen gemeinsamen einen entsprechenden Antrag einbringen.

3.2 Ergebnisse der Umfrage unter Ärztinnen und Ärzten im Landkreis im Bereich der Versorgung mit Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch

Dr. Kerstin Blome stellt kurz die Ergebnisse der Umfrage vor. Es wurden ca. 50 hausärztliche und gynäkologische Praxen im Landkreis angeschrieben und an diese rund 90 Fragebögen zum Thema „Medizinische Versorgung von Frauen nach der Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch im Landkreis Verden“ verschickt. Mit 21 Antworten gab es einen Rücklauf von knapp 20 %. Die Mehrzahl der Befragten gab an, in diesem Bereich nicht tätig sein zu wollen. Gefragt nach Rahmenbedingungen, unter denen sich die Befragten vorstellen könnten in diesem Bereich tätig zu werden, wurden u. a. die folgenden Punkte genannt: höhere Vergütung, Bereitstellung eines Behandlungsraumes, mehr Informationen bzw. Fortbildungen zum Thema.

Blome erläutert, dass auf der Grundlage der Ergebnisse der Umfrage Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer und der Aller Weser Klinik zum Thema geplant sind.

In der anschließenden Diskussion im Plenum wird u. a. die Ansicht vertreten, dass es weiterer Aufklärung und Information zum Thema bedürfe, insbesondere mit Blick auf die Möglichkeit medikamentöser Abbrüche, die bislang im Landkreis nicht angeboten werden. Rana Huseynova, erklärt die Bereitschaft der Frauenberatungsstelle mit interessierten Ärztinnen und Ärzten in den Austausch zu gehen.

3.3 Aktueller Stand des Projektes „Beratungs- und Gewaltschutzzentrum Verden“ des Vereins Frauen helfen Frauen e. V.

Leona Katt berichtet von der erfreulichen Nachricht, dass das Frauenhaus die telefonische Auskunft vom Bund erhalten habe, dass der Zuwendungsbescheid für das geplante Gewaltschutzzentrum unterwegs sei. Labinsky-Meyer beglückwünscht zu diesem Erfolg, insbesondere, weil auch die entstandenen Mehrkosten abgedeckt würden.

3.4 Antrag der AfD-Fraktion im Landtag

Labinsky-Meyer erläutert kurz den Antrag der AfD-Fraktion im Landtag zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG). Die AfD fordert die Zulassung männlicher Gleichstellungsbeauftragter sowie die Anhebung der Einwohner*innenzahl ab der eine Kommune eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte einstellen muss von 20.000 auf 40.000.

Dem Aufruf des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) Stellungnahmen zu diesem Antrag abzugeben, ist der Landkreis gefolgt. Zudem hat der Vorstand des KFR ebenfalls eine Stellungnahme an den NLT sowie den Nds. Ministerpräsidenten abgegeben (siehe Anlage).

Des Weiteren gab es auch einen Aufruf des Nds. Städtetages, mit der Bitte an die Städte und Gemeinden, Stellungnahmen abzugeben (mit Frist 29.11.). Diesem Aufruf sind die Städte Verden und Achim gefolgt. In anderen Kommunen (z. B. Thedinghausen) haben die Gleichstellungsbeauftragten die Verwaltungsspitze um eine solche Stellungnahme gebeten.

Andrea Michallik ergänzt noch, dass die Fraktionen der CDU, der SPD und von Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag geschlossen gegen den AfD-Antrag argumentiert haben.

3.5 Auflösung der eigenständigen Abteilung „Frauen und Gleichstellung“

Labinsky-Meyer kritisiert die Planungen im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, wonach die Abteilung 2 „Frauen und Gleichstellung“ mit der Abteilung 3 „Jugend und Familie“ zusammengelegt werden soll (siehe Anlage). Sie betont, dass die Gleichstellung als Querschnittsthema bei der Staatskanzlei angesiedelt sein sollte. Ihrem Vorschlag, dass der Vorstand ein entsprechendes Schreiben an das Ministerium versendet stimmt das Plenum zu. Darüber hinaus gibt es die Überlegung, Minister Philippi zu einer der nächsten Sitzungen des KFR einzuladen.

4. Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Oyten

Entfällt, da Anna Pajak verhindert ist. Sie wird sich auf einer der nächsten Sitzungen vorstellen.

5. Diskussion über die Zukunft des Kreisfrauenrates

Andrea Michallik informiert die Mitglieder darüber, dass im Frühjahr 2024 der Vorstand neu gewählt werden muss und plädiert erneut dafür, dass sich noch Frauen für den erweiterten Vorstand aufstellen lassen.

Ulrike Helberg-Manke schlägt vor, jüngere Frauen im Kreisfrauenrat gezielt anzusprechen. Marlies Meyer hält es für unrealistisch, dass Frauen unter 40 sich für die Vorstandsarbeit melden, da diese von vielen Seiten angefragt würden.

Eva Hibbeler verweist darauf, dass Kinderbetreuungskosten für die Zeit der Sitzungen übernommen werden.

Labinsky-Meyer erinnert daran, dass die institutionelle Ausstattung im Landkreis (u.a. Frauenhaus und Frauenberatung) auch durch das Mitwirken des Kreisfrauenrates entstanden ist. Zudem sei die Wahrnehmung und Vernetzung des Kreisfrauenrates gut, z. B. in Bezug auf die Frauenorte oder den Kontakt zum Landesfrauenrat. Sie schlägt vor, dass der KFR einen Ausflug zum neuen Frauenort in Walsrode unternehmen könnte.

Auf Nachfrage zum zeitlichen Umfang der Vorstandsarbeit erläutert Michallik, dass es in erster Linie um die Vorbereitung der Sitzungen gehe sowie um Pressearbeit. Darüber hinaus falle situationsbezogene thematische Arbeit an, wie z. B. Anträge im Kreistag, Stellungnahmen an Landes- und Bundesministerien zu Themen wie dem Gewaltschutzzentrum.

Blome verweist auf die Ergebnisse des Perspektivworkshops im Mai und bittet alle Mitglieder, sich Gedanken zu machen, ob sie ggf. bereit wären, in themenbezogenen AGs mitzuwirken (z. B. zum Thema Öffentlichkeitsarbeit oder zur Vorbereitung inhaltlicher Themen, denen sich der KFR widmen soll, siehe dazu auch die Anlage mit der Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops). Sie weist auf die Seite des KFR hin, auf der nun alle Informationen gebündelt abrufbar sind:

www.landkreis-verden.de/Kreisfrauenrat

Im Kreistagsinformationssystem werden die Angaben zum KFR nicht mehr aktualisiert. Des Weiteren bittet Blome alle Mitglieder Fotos bereitzustellen, die auf der Internetseite veröffentlicht werden können, um eine die Sichtbarkeit der Vertreterinnen in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

6. Verabschiedung der 1. Vorsitzenden

Andrea Michallik verabschiedet die Vorsitzende Karin Labinsky-Meyer mit einer Rede in den Ruhestand und übergibt im Namen des Vorstandes und der Mitglieder Abschiedsgeschenke. Labinsky-Meyer bedankt sich für die Rede und die Geschenke.

7. Verschiedenes

Ulrike Helberg-Manke verweist auf eine Zonta Aktion. Anstelle der orange beleuchteten Gebäude wurden orange bemalte Stühle im gesamten Landkreis verteilt (u.a. auch im Landkreisgebäude), die auf das Thema Gewaltschutz hinweisen und bis zum 10. Dezember stehen bleiben.

Ruth Kahlke-Kuipers bittet darum, die Aufschrift auf den Stühlen um „Mädchen“ zu ergänzen, dies sei gerade für die Schulen wichtig.

Ein Flyer des Bündnisses zum 25. November informiert über diverse Veranstaltungen rund um den Aktionstag.

Eva Hibbeler berichtet, dass die ILO Konvention 190 (Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt) von Deutschland ratifiziert wurde. Nun gelte es, Gesetze anzupassen und das Übereinkommen mit Leben zu füllen.



Vorsitzende des Kreisfrauenrates
Frau Karin Labinsky-Meyer



Protokollführerin
Frau Dr. Kerstin Blome